

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 25 (1933)
Heft: 4

Artikel: Botschaft von Walter M. Citrine
Autor: Citrine, Walter M.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352622>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nationale Bedeutung zu. Die Schweiz ist das einzige Land, wo das Volk in einer Abstimmung sich über die Frage des Lohnabbaues aussprechen kann. Ueberall sonst im Ausland entscheidet das Parlament endgültig. Die Schweiz gehört ferner zu den Ländern, wo die Arbeiterbewegung bisher am erfolgreichsten ihre Errungenschaften verteidigen konnte. Wir dürfen ohne Ueberhebung feststellen, dass unser Land ein zwar kleines, aber nicht unbedeutendes Bollwerk darstellt im Kampfe gegen die soziale Reaktion. Es ist deshalb auch für unsere Kameraden im Ausland nicht gleichgültig, welchen Ausgang der gegenwärtige Kampf bei uns nimmt.

Wir veröffentlichen in diesem Heft einige Beiträge über das Problem des Lohnabbaues von hervorragenden ausländischen Gewerkschaftsführern. Sie zeigen uns, dass der gleiche Kampf, den wir führen, von der Arbeiterschaft aller Länder ausgefochten werden muss. Sie zeigen uns ferner, dass überall, wo die Abbaupolitik durchgedrungen ist, nicht die verheissene Besserung der Wirtschaftslage, sondern im Gegenteil eine ungeheure Verschärfung der Krise die Folge war. Sorgen wir dafür, dass wir am Abend des 28. Mai melden können: Die schweizerische Arbeiterschaft hat ihre Positionen mit Erfolg verteidigt. An die Arbeit, Kollegen, es geht um Reaktion oder Fortschritt in der eidgenössischen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik!

Botschaft von Walter M. Citrine

Generalsekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes und Präsident
des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der internationale Konkurrenzkampf nimmt manche sonderbare Formen an, aber keine darunter ist stupider und letzten Endes fruchtloser in ihren Wirkungen als der Lohnabbau-Wettlauf zwischen den verschiedenen Ländern, die um die Aufrechterhaltung ihres Exportes kämpfen. Die Folgen dieser Politik sind notgedrungen zerstörend. Sie kann nur eine Verminderung des sozialen Standards in jedem Lande erreichen und muss die Löhne der Arbeiter in allen Ländern auf das Niveau des ärmsten und am schlechtesten organisierten Landes hinunterbringen. Es ist das zu jeder Zeit eine gefährliche und trügerische Politik. Aber in diesen Tagen, wo die Ausfuhr aller Länder zurückgeht und der Produktionsapparat überall weit unter seiner Kapazität ausgenutzt wird, ist das vollkommen vernunftwidrig. Eine solche Politik muss offenkundig das erstrebte Ziel vernichten in dem Masse, als sie allgemein angewendet wird. Und die Gewerkschaftsbewegung hat ja in allen Ländern die gemeinsame Erfahrung gemacht, dass die Unternehmer Lohnabbau verlangen mit der Begründung, die Kosten der Arbeitskraft seien reduziert worden in den Län-

dern, mit denen sie auf den Exportmärkten im Konkurrenzkampf stehen.

Die Schweiz steht nicht allein in ihrem Kampf gegen dieses Argument der Unternehmer. Der beabsichtigte Lohnabbau für das Staatspersonal, den das eidgenössische Parlament beschlossen hat, findet eine Parallele in dem Vorgehen der britischen Regierung, die vor 18 Monaten ans Ruder kam. Die britische Gewerkschaftsbewegung hat, wie allgemeinn bekannt ist, ständig aufgezeigt, wie nutzlos es ist, die Kaufkraft der Arbeiter zu vermindern und damit den Absatz für die Industrieprodukte zu zerstören.

In der ganzen Nachkriegsperiode sind von Zeit zu Zeit Versuche unternommen worden, den Lebensstandard hinunterzudrücken. Die letzte Welle der Lohnreduktionen begann 1931 als eine Folge der Wirtschaftspanik und wurde durchgeführt mit dem Einverständnis der internationalen Hochfinanz. Um Einsparungen zu machen, auferlegte die britische Regierung den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben drastische Lohnreduktionen. Ausserdem beschnitt sie die Unterstützung für die Arbeitslosen um schätzungsweise 10 Prozent. Einer der Gründe, die zur Verteidigung dieser Massnahmen vorgebracht wurden, war, dass eine Beschneidung der öffentlichen Ausgaben die private Industrie ankurbeln würde. Das hat sich als irrig erwiesen. Die Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben hat unzweifelhaft die Beschäftigung in den Industrien und in den Gewerbebezweigen, die direkt mit öffentlichen Arbeiten zu tun haben, vermindert. Es hat aber anderseits keine entsprechende Zunahme der Beschäftigung in andern Industrien stattgefunden. Im Gegenteil, die Beschäftigung hat insgesamt stark abgenommen während der Periode, in der diese Politik durchgeführt wurde.

Ein anderes Argument zugunsten des Lohnabbaues in der englischen Industrie lautet, dass die Produktionskosten dadurch vermindert und dass Grossbritannien sich leichter einen grösseren Anteil am Export sichern könne. Auch dieses Argument ist durch die Ereignisse widerlegt worden. Es ist keine Zunahme eingetreten im britischen Export und es kann auch keine Erholung Platz greifen nach meiner Ansicht, solange das Preisniveau weiter im Fallen begriffen ist.

Die tatsächliche Entwicklung von Handel und Beschäftigungsgrad in unserem Lande während der « Spar »-Kampagne der britischen Regierung beweist schlüssig die Wirkungslosigkeit der Abbaupolitik. Es waren im Jahre 1932 450,000 Arbeiter weniger beschäftigt als 1930 und die Arbeitslosigkeit ist gestiegen von einem durchschnittlichen Stand von 16,1 Prozent der Versicherten im Jahre 1930 auf 22,1 Prozent 1932. Es kann nicht der leiseste Zweifel darüber bestehen, dass die einschränkende « Spar »-Politik der Regierung verantwortlich ist für dieses Ergebnis.

Ich bin überzeugt, dass die Gewerkschaften durch ihre Ablehnung des Lohnabbaues den einzig gesunden und vernünftigen

Weg verfolgen beim gegenwärtigen Stand der internationalen Wirtschaftsverhältnisse.

In Grossbritannien hat ein hartnäckiger Kampf der Gewerkschaften viele Männer im öffentlichen Leben veranlasst, an der Weisheit der Lohnabbaupolitik zu zweifeln. Manche von ihnen bekämpfen heute die Theorie des Lohnabbaues als Mittel, um die Wiederbelebung zu erleichtern. Kürzlich ist eine der grossen Tageszeitungen übergetreten zu der Politik, die vom « Daily Herald » befürwortet wird, der, wie Sie wissen, das offizielle Blatt der Arbeiterregierung in Grossbritannien ist und jetzt eine Auflage von über 1,600,000 Exemplaren im Tag aufweist. Die Bekehrung dieser kapitalistischen Zeitung, die nun laut protestiert gegen jeden weiteren Lohnabbau, ist symptomatisch für die Kritik, die sich erhebt gegen den Versuch, die Prosperität dadurch wiederherzustellen, dass man das Volk ärmer macht.

Es mag Ihre Mitglieder interessieren zu vernehmen, dass die Gewerkschaften in Grossbritannien bemerkenswerte Erfolge hatten in ihrem Kampf um die Aufrechterhaltung des Lebensstandards für die Arbeiterschaft. Trotz der Lohnveränderungen, die in der Nachkriegsperiode stattfanden, sind die Reallöhne, d. h. die Geldlöhne, gemessen an der Kaufkraft, heute im Durchschnitt in Grossbritannien etwas höher, als sie auf dem Höhepunkt von 1920 waren.

Ich sende der schweizerischen Arbeiterschaft meine besten Wünsche für ihren Kampf gegen die selbstmörderische Politik des Lohnabbaues.

Was lehrt uns Deutschland?

Von Fritz N a p h t a l i, Berlin.

Ueberall, wo der Weltkapitalismus herrscht, wird in Zeiten der Absatzstockung, der Wirtschaftsschrumpfung, der Krisen und Depressionen, wie sie aus den Missverhältnissen kapitalistischer Verteilung und aus der Anarchie kapitalistischer Produktion periodisch hervorgehen, auf der Unternehmerseite das Bestreben herrschen, eine Verminderung der Selbstkosten, vor allem auf dem Wege des Druckes auf Löhne und Gehälter herbeizuführen. Diese praktische Tendenz zum Lohndruck hat sich in der Wirtschaftskrise selbst in den Vereinigten Staaten von Amerika ausgewirkt, dem Lande, in dem in der Zeit der « Prosperity » auch von Unternehmern die Theorie vertreten worden ist, dass durch die Zahlung hoher Löhne die Schattenseiten des Kapitalismus dauernd überwunden werden könnten. Sicherlich aber ist in keinem Lande die Auffassung, dass Lohnherabsetzungen der geeignete Weg zur Ueberwindung der Krise seien, mit solcher Hartnäckigkeit vertreten worden, wie es in Deutschland von den Arbeitgebern und der ihnen nahestehenden Publizistik seit 1930 geschehen ist. Der Heftigkeit, mit der das Heilmittel des Lohndruckes zunächst theoretisch ver-